

Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit weltweit bedroht

Vorletzte Woche debattierte der Bundestag über einen Bericht, in dem Einschränkungen und Verletzungen der Religionsfreiheit und Weltanschauungsfreiheit festgehalten wurden. Trotz der Verankerung dieses elementaren Rechts in zahlreichen Konventionen und Verfassungen nehmen weltweit religiös begründete Konfliktherde zu: Im Nahen Osten werden Christen und Jesiden diskriminiert, bedroht oder verfolgt, in sunnitisch geprägten islamischen Ländern Schiiten, im hinduistischen Indien Christen und Muslime – und die Liste endet keinesfalls mit diesen wenigen Beispielen.

Ich begrüße es sehr, dass ein solcher vom Bundestag angeforderter Bericht als Grundlage für eine Debatte vorliegt. Er trägt dazu bei, die Lage in einzelnen Ländern differenziert betrachten zu können, da er sich systematisch mit grundlegenden Fragen der Religionsfreiheit auseinandersetzt und nicht nur einzelne Vorkommnisse beschreibt. Darüber hinaus erhoffe ich mir allerdings auch, dass der Fokus innerhalb der Debatte nicht nur auf die Probleme anderer Länder gelenkt wird. Er sollte auch zum Innehalten und Nachdenken anregen, was Religionsfreiheit im Zusammenhang mit aktuellen Fragen für dieses Land bedeutet. In den letzten Monaten wurden immer wieder Vorschläge in die öffentliche Diskussion eingebracht, die mit der Religionsfreiheit in diesem Lande nicht vereinbar sind (z.B. Quoten für Flüchtlinge nach religiöse Zugehörigkeit einzuführen).

Politische Gespräche und konfliktpräventive Projekte mit religiösen Gruppierungen können zur Entspannung religiös begründeter Konflikte beitragen. Der Bericht liefert dabei wertvolle Analysen und Anregungen für die politische Praxis.